



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 23.06.2021, 17:00 Uhr, Forum, Bürgersaal (Hybrid-Sitzung)

ÖFFENTLICH

TOP 1 Jubiläum Rede Charles de Gaulle 2022
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** begrüßt die Anwesenden und teilt vor Eintritt in die Tagesordnung mit, dass Tagesordnungspunkt 8 abgesetzt werde. Sodann eröffnet sie die Sitzung in Vertretung für OBM Dr. Knecht, der aufgrund eines Termins später zur Sitzung kommen wird.

Die Sitzung findet in einem hybriden Format statt. Hierzu ist im Vorfeld die gewünschte Teilnahme abgefragt worden und an die Stadträtinnen und Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ein Link verschickt worden. EBMin **Schmetz** prüft die Anwesenheit der Ausschussmitglieder vor Ort im Forum (Bürgersaal) und digital. Online zugeschaltet sind Stadtrat Dogan, Stadtrat Girrbach, Stadtrat Handel, Stadträtin Dr. Knoß, Stadtrat Link, Stadträtin Moersch, Stadtrat Schreiber, Stadträtin Shoaleh und Stadtrat Prof. Stackelberg. Stadträtin Burkhardt ist anwesend, nimmt aber lediglich als Bürgerin im Zuschauerbereich an der Sitzung teil.

Für die Bürgerschaft findet eine Übertragung in das Foyer statt. Nachdem sie die Beschlussfähigkeit festgestellt hat und es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

Nach einem kurzen Videoclip zum Thema berichtet ein **Mitarbeiter** von Tourismus & Events Ludwigsburg anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, über die geplanten Jugendwochen im Herbst 2022 anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der Rede von Charles de Gaulle in Ludwigsburg.

Nachdem keine Aussprache erwünscht wird, schließt EBMin **Schmetz** den Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Der an der Friedrich-Ebert-Straße gelegene Vorplatz des Forums am Schlosspark erhält den folgenden Namenszusatz:

Platz der Kinderrechte**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
 Stadtrat Heer
 Stadtrat Weiss
 Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** begrüßt eine Professorin der Pädagogischen Hochschule, die Geschäftsführerin des Kinderschutzbundes sowie ein Mitglied des Jugendgemeinderats, die ob dieses Tagesordnungspunktes anwesend sind.

Sie verweist auf die Vorberatung und die Abstimmung über die geänderte Beschlussempfehlung in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften (SHL) am 17.06.2021 und die Stellungnahme des Jugendgemeinderats.

BMin **Schwarz** erwähnt die Diskussion im SHL und den mündlichen Antrag der CDU, zu untersuchen, ob nicht der Platz am Innenstadtcampus bei der Seestraße künftig der Platz der Kinderrechte sein könne.

Im Anschluss gibt eine **Professorin** der Pädagogischen Hochschule, die auch im Kinderschutzbund engagiert ist, ihre Einschätzung sowie die ihrer Studierenden ab. Sie habe 60 Studierende nach ihrer Meinung gefragt von denen sich 47 für den Platz am Forum ausgesprochen hätten. Es sei zwar durchaus auch schlüssig, den Platz zwischen den beiden Gymnasien zu nehmen, allerdings gehe es um die Rechte aller Kinder. Bei dem Platz auf dem Campus fokussiere man sich zu sehr auf die Sekundarstufen I und II, mahnt sie. Kinderrechte gehören in die Mitte der Gesellschaft. Das Forum ist hierbei der geeignetere Platz, da sich dort unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen treffen würden, so das Plädoyer der Professorin.

EBMin **Schmetz** erklärt, sie werde nach Aussprache erst über den Änderungsantrag der CDU abzustimmen lassen.

Stadträtin **Dr. Knoß** lobt die Professorin für ihre Stellungnahme und die Stadtverwaltung für das Einholen von unterschiedlichen Meinungen. Sie erwartet, dass die CDU in Anbetracht der genannten Argumente ihren Änderungsantrag zurückziehe. Kinder sollen im Mittelpunkt der Entscheidungen im Gemeinderat, der Verantwortung für Kinder und die nachfolgenden Generationen trage. Die Grünen werden zustimmen.

Stadtrat **Braumann** spricht sich weiterhin für den Platz am Campus aus. Im SHL habe die CDU-Fraktion bereits dargelegt, warum sie der Auffassung sei. Sie wollen einen Platz der Kinderrechte, halten jedoch den Platz vor dem „Kulturtempel“ in dem Messen und Kongresse sowie die Ludwigsburger Schlossfestspiele stattfinden, dafür nicht geeignet. Dieser habe eine andere Konnotation. Die CDU halte an ihrem Antrag fest.

Stadtrat **Rothacker** weist das Gremium darauf hin, dass der Kinderschutzbund den Platz vorgeschlagen habe und auch der Jugendgemeinderat diesen präferiere. Er dankt BMin Schwarz für die schnelle Nachfrage bei den Schulen. Die Freien Wähler würden bei ihrer Entscheidung pro Forum bleiben.

OBM **Dr. Knecht** betritt den Sitzungssaal und übernimmt die Sitzungsleitung.

Stadtrat **Juranek** erwähnt, dass die SPD sich anfangs auch für den Platz am Schulcampus ausgesprochen habe, die Argumente jedoch überzeugend seien. Die Fraktion werde zustimmen, auch wenn sie weiterhin am Forum einen Platz der Menschenrechte für passender halten.

Stadtrat **Eisele** macht deutlich, dass die Fraktion den Platz am Forum nicht ideal für einen Platz der Kinderrechte halte. Dieser sei am Campus gut verortet, hier sei der Bezug zur Bildung da. Am Forum fehle ein entsprechender Bezug. Das Kinderfest finde auf dem Markplatz statt. Dieses könnte auf den Campus verlegt werden, wenn dieser zum Platz der Kinderrechte werde. Außerdem würden sich auf dem Campus nicht nur Kinder, sondern auch nur Erwachsene aufhalten, schließlich sei er eigentlich eine Straße, ein Fußgängerweg. Die FDP werde dem Antrag der CDU zustimmen.

Stadträtin **Schmidt** teilt mit, dass die Linken dem Verwaltungsvorschlag zustimmen werden.

OBM **Dr. Knecht** erklärt, es gebe gute Argumente für beide Seiten. Das Argument der Professorin der Pädagogischen Hochschule, so ein Platz gehöre in die Mitte der Gesellschaft, sei für ihn das überzeugendste. Das Forum liege in der Mitte der Stadt und sei somit sehr passend.

Sodann lässt OBM **Dr. Knecht** zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen, den Platz der Kinderrechte am Schulcampus in der Innenstadt einzurichten.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 11 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Im Anschluss lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage Nr. 149/21 in ihrer ursprünglichen Form Beschluss fassen.

Geänderter Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt als ergänzende präventive Maßnahme Schulen und Kindertageseinrichtungen mit mobilen Luftreinigern für Mensen bzw. Speiseräume und Gruppenräume ohne RLT-Anlage mit eingeschränkten Lüftungsmöglichkeit z.B. in Untergeschossen oder Tiefgeschossen auszustatten. Die hierfür notwendigen Mittel in Höhe von rund 80.000 € (investiv) werden aus dem laufenden Haushalt 2021 im TH 48 finanziert.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Unterstützung des Lüftungsmanagements, für Schulen und Kindertageseinrichtungen eine Grundausstattung mit mobilen CO₂-Ampeln je Einrichtung anzuschaffen. Die hierfür notwendigen Mittel in Höhe von rund 82.000 € (konsumtiv) werden aus dem laufenden Haushalt 2021 im TH 48 finanziert“
3. Da mobile Luftreiniger nur als ergänzende präventive Infektionsschutzmaßnahme vor SARS-CoV-2 bewertet werden können, wird von einer flächendeckenden Ausstattung mit diesen Geräten an kommunalen Schulen und Kindertagesstätten abgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadtrat Heer
Stadtrat Weiss
Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** verweist auf die Vorberatung der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales (BSS) und des Ausschusses für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften (SHL) am 17.06.2021 und berichtet zum aktuellen Sachstand.

Ein **Mitglied** des Jugendgemeinderats trägt deren Stellungnahme zum Thema „Luftreiniger in Schulen“ vor. Nach Ansicht des Jugendgemeinderats sprechen mehr Argumente gegen eine Anschaffung von Luftfiltern als dafür.

EBM **Schmetz** spricht den Prüfauftrag an, den die Mitglieder in der gemeinsamen Sitzung des BSS und SHL der Verwaltung mitgegeben haben. Dabei handelte es sich zum einen um die Prüfung der Anschaffung von CO₂-Ampeln, um ein besseres Lüftungsmanagement zu erreichen. Der zweite Prüfauftrag beinhaltet die Feststellung von schlecht belüftbaren Räumen. Grundsätzlich sei darauf geachtet worden, dass Schul- und Kitaräume ausreichend gelüftet werden können. Probleme gebe es bei Kellerräumen, die z.T. für die Essensversorgung zur Verfügung stehen. Außerdem mischen sich hier die Kinder. Aus diesem Grund spricht sie die Empfehlung aus, für diese Räume mobile Luftfilter zu besorgen. Es handle sich dabei um sieben Räume in Grundschulen und weiterführenden Schulen.

Von einer flächendeckenden Anschaffung von CO₂-Ampeln rate sie ab. Stattdessen soll in den Schulen jeweils ein Jahrgang mit zwei Ampeln ausgestattet werden, pro Kita sollen es ebenfalls zwei sein. Die Ampeln werden dann innerhalb der Schulen und Kitas routieren.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** zitiert aus der Verordnung des Kultusministeriums vom letzten Jahr: „Besonders wichtig ist das regelmäßige und richtige Lüften, da dadurch die Innenraumlüftung ausgetauscht wird. Können aufgrund baulicher Maßnahmen wie Fenster in einem Raum nicht geöffnet werden, ist er für den Unterricht nicht geeignet.“ Das diese Verordnung nicht beachtet wird, könne sie sich nicht vorstellen. Offensichtlich gebe es aber genutzte, schwer belüftbare Räume, z.B. im Otto-Hahn-Gymnasium. Sie bestärke die Verwaltung in ihrer Vorgehensweise.

Stadtrat **Meyer** dankt BM Schwarz, EBMin Schmetz und dem stellvertretenden Leiter von Fachbereich Bildung und Familie und dem Leiter von Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft für deren Bemühungen.

Die CDU werde den beiden Beschlussziffern zustimmen und eine flächendeckende Anschaffung von Luftfiltern ablehnen. Neben technischen Lösungen sei ihm wichtig, auch ein Aufholprogramm für Kinder und Jugendliche, die lange im Homeschooling waren, in den Blick zu nehmen. Mit dem Leiter des Fachbereichs Kunst und Kultur habe er auch diskutiert, wie man die Jugendlichen über die Programme informieren und motivieren könne, z.B. über Schulen, Kitas, Schulsozialarbeiter, Sozialarbeiter, Kirchen.

Stadtrat **Rothacker** bittet darum, über die beiden Punkte getrennt abzustimmen. EBMin Schmetz habe erwähnt, dass es sich um die Ausstattung von sieben Räumen handle. Er fragt nach, um wie viele Luftfilter es sich dann handle. Dem Punkt 1 würden die Freien Wähler zustimmen, den Punkt 2 allerdings ablehnen. Eine Poollösung sei ein sehr hoher Aufwand, außerdem ließe sich die Schulordnung nicht umgehen, es müsse trotzdem alle 20 Minuten gelüftet werden.

Stadträtin **Liepins** lobt den neuen Beschlussvorschlag, der im Sinne der SPD sei. Sie dankt allen Mitarbeitenden von Dezernat II und IV, die in kurzer Zeit Lösungen finden mussten. Sie stellt fest, dass die Diskussion sehr emotional geführt werde. Viele Lehrer seien verunsichert über die geltenden Regeln in der Pandemie. In Bezug auf die CO₂-Ampeln sollte man die Rückmeldung der Rektorinnen und Rektoren abwarten und ggf. nachrüsten. Es sei klar, dass die Luftfilter keine Allheilmittel seien. Ohne klare Vorgaben aus der Politik, insbesondere dem Kultus- und Sozialministerium sei es für die Stadtverwaltung schwierig. Sie erinnert an den Antrag der Grünen-Bundestagsfraktion die Schulen mit mobilen Luftfiltern auszustatten. Daraufhin hätten fünf Bundesländer Förderprogramme aufgelegt, nicht aber Baden-Württemberg. Die SPD-Fraktion halte den Vorschlag von der Verwaltung im Moment für richtig. Die Fraktion werde beiden Ziffern zustimmen, kündigt Stadträtin Liepins an.

Stadträtin **Knecht** äußert sich zum Thema wie folgt: „Sehr geehrte Damen und Herren, So wie in den letzten 15 Monaten Bildung stattgefunden hat, darf es sich ab kommenden September nicht wiederholen!

Es war der Antrag der FDP Nr. 108/21- vor mittlerweile 3 Monaten - an die Stadtverwaltung, alles zu unternehmen, damit durch mobile Hepa-14- Luftreiniger allen am Schulleben Beteiligten ein mehr, ein Maximum an Sicherheit gegeben werden kann. Luftreiniger, die die Virenlast in den Unterrichtsräumen und somit die Ansteckungsgefahr verlässlich senken helfen und so Unterricht in Präsenz sichern können.

Ich erinnere an die Situation vor knapp einem Jahr, als es hieß „Schulen werden als letztes geschlossen und als erstes wieder geöffnet“ Es gibt Jugendliche zwischen Klasse 7 und 10, ich erwähnte es bereits in der Ausschuss-Sitzung letzten Donnerstag, die erst nach den Pfingstferien das erste Mal wieder Präsenzunterricht hatten – nach 5 ½ Monaten!

Die zum Teil katastrophalen Auswirkungen auf Psyche, soziale Bindungen, Entwicklung und Lernfortschritt sind uns allen bekannt. Insb. Kinder aus sozial schwächeren Familien werden abgehängt, die Bildungsschere geht weiter auseinander.

Kein Kind, kein Jugendlicher darf in unserem Land zum Verlierer in der Pandemie werden. Erst gestern berichtete die LKZ auf der Titelseite mit der Überschrift: „Distanzunterricht so wenig effektiv wie Ferien“ über die Studie von Forschern der Goethe Universität von Frankfurt, die meine Warnung von letzten Donnerstag bestätigen, dass die Bildungsschere immer weiter auseinander geht.

Ebenso bedeutet Wechselunterricht keine Verbesserung, und dies wird Ihnen jeder Lehrer und Schüler bestätigen. Lehrkräfte können sich, auch aufgrund mangelnder digitaler Ausstattung, nicht gleichermaßen um Schüler in Präsenz und Zuhause kümmern.

Ein Solidarpakt für die junge, nachfolgende Generation muss daher dringend geschnürt werden, damit BW endlich ein zukunftsorientiertes und bildungsfreundliches Musterland wird.

Neben dem Ausbau der nach wie unzureichende digitalen Infrastruktur an unseren Schulen, einer angemessenen Aufstockung von Lehrerstellen und Lehrerdeputaten zur Schließung von Lernlücken (ich weise darauf hin, dass die geplanten Lernbrücken in den Sommerferien nicht nachhaltig sind, diese Erkenntnis haben wir aus den Sommerferien 2020) benötigen wir neben den AHA+L Regeln, einer funktionierenden Teststrategie und v.a. digitalen Nachverfolgung, auch Luftfilteranlagen und schnell einsetzbare mobile Luftreiniger.

Die FDP-Fraktion ist davon überzeugt: wir brauchen intelligente, innovative Lösungen, dazu zählen Hepa-14- Luftreiniger, um die Pandemie in den Griff zu bekommen, denn wir werden noch lange mit Covid19 und dessen Mutationen leben müssen.

Zudem gibt es keine Erkenntnisse darüber, ob Impfstoffe bei zukünftigen Corona Mutanten und Varianten funktionieren.

Man muss sich schon die Frage stellen- was sind uns Kinderrechte wert? Das „Recht auf Bildung“ ist ein ganz zentrales Kinderrecht, dies hat Frau Prof. Höhmann unter TOP 2 bestätigt!

Wenn ich manche meiner Vorredner höre, dann kommen in mir Zweifel auf, ob wir hier nur eine Scheindebatte führen oder es mit den Kinderrechten ernst meinen.

Die Wirksamkeit von Luftfiltern – unabhängig von der Art der Mutationen – ist unbestritten.

Die stetig wachsende Zahl von Untersuchungen und Studien zeigen dies.

Aber auch die Rufe nach Luftreinigern werden immer lauter.

So war es im April die „Deutsche Gesellschaft für Aerosolforschung“. Sie hat in ihrem offenen Brief an die Politik vom 11.4.21 die fünf „goldene Regeln zur Infektionsvermeidung“ aufgestellt.

Die Autoren nennen unter mehreren Maßnahmen, auch: „Raumluftreiniger und -filter überall dort zu installieren, wo Menschen sich länger in geschlossenen Räumen aufhalten müssen – etwa in Pflegeheimen, Büros und Schulen.“

Am vergangenen Donnerstagabend schloss sich die „Deutsche Gesellschaft für Immunologie“ an. Der Generalsekretär der Gesellschaft, Carsten Watzl sagte in einem Interview vor dem Hintergrund der Ausbreitung der sog. Delta-Variante, „dass man sich spätestens jetzt an Konzepte wie Luftfilter machen müsse, um nicht im Herbst wieder die Schulen zumachen zu müssen.“ Ähnliche Forderungen vernehmen wir vom Kinderschutzbund und von anderen Organisationen.

Aber was sind denn die Konzepte der Landesregierung fünf Wochen vor den Sommerferien, damit die Schulen im Herbst nicht wieder geschlossen werden? Haben die Staatskanzlei und die zuständigen Ministerien in Stuttgart dazugelernt?

Wann dürfen wir mit Konzepten oder Fördermittel für mobile Luftreiniger rechnen?

In der Sitzung des SHL & BSS vergangenen Woche lag uns eine Beschlussvorlage vor, die all das darstellte, warum von Investitionen in mobile Luftreiniger abgesehen wird:

sie seien zu laut, die Klassenzimmer seien für solche Geräte zu klein, sie würden für Zugluft sorgen – (was für mehr Zugluft sorgt: verordnetes Stoß- und Querlüften oder Luftreiniger könnte man nochmals separat betrachten) – und: sie seien nicht finanzierbar.

Unser FDP-Aufruf, dass der Bund und das Land die Kommunen nicht weiter hängen lässt und endlich Förderprogramme für mobile Luftreiniger und nicht nur für zeitlich und finanziell aufwendigere RLT aufsetzt, wurde dankenswerterweise von den Vertretern der Presse aufgenommen!

(ich erinnere nochmals, dass Bayern, NRW, Hessen und Rheinland-Pfalz bereits mobile Luftreiniger in Schulen fördern)

Die FDP Fraktionen im Bundestag und Landtag haben vergangenen November Anträge für mobile Luftreiniger gestellt. Geschehen ist bisher nichts.

Unser Antrag im März war aber auch Auftrag an die Stadtverwaltung Ludwigsburg, gemeinsam mit dem ortsansässigen Weltmarktführer in Filtertechnologien, der Firma Mann+Hummel, zu einer „Modellstadt für Luftreiniger in Klassenzimmern“ zu machen. Unter wissenschaftlicher Begleitung des KITs in Karlsruhe.

Denn genau darum geht es:

Mit durch Corona-Modellprojekte sammeln wir die notwendigen Erfahrungen, wie man am besten mit Corona umzugehen hat und die Einschränkungen der Bürgerrechte wieder aufheben kann.

Es gibt Modellprojekte für den Tourismus: als Beispiel nenne ich den Europapark in Rust und – das wird Sie jetzt nicht verwundern: es gab viel Verärgerung unter den Eltern, warum ein Freizeitpark vor den Schulen öffnen darf.

Dank Boris Palmer und Lisa Federle gab es die erfolgreiche Modellstadt Tübingen, was Teststrategien angeht. Heute folgen wir dem Tübinger Weg.

Und: einer muss einen neuen Weg einschlagen, damit andere folgen können:

Das Schreiben unseres OBs am 7. Mai an das grün-geführte Kultus- und das Sozialministerium und eine Absage von Herrn Daniel Hager-Mann stellvertretend für den neuen Amtschef Dr. Lahl vom 8. Juni reichen da vielleicht eben nicht aus.

Daher die Frage und dringliche Bitte an die Stadtverwaltung und Landesregierung: unternehmen Sie alles, damit Ludwigsburg neben einer Modellstadt für Jugendarbeit auch zu einer Modellstadt für Luftreiniger in Klassenzimmern wird.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Knecht: wir, die FDP, fordern Sie auf, mobile Luftreiniger in Schulen endlich zur Chefsache zu machen und den Beginn des Ludwigsburger Weges ab morgen zu starten!

Setzen Sie sich mit den zuständigen Ministerien und Mann+Hummel an einen Tisch und entwickeln Sie für unsere junge Generation eine glaubwürdige Zukunftsperspektive und eine Modellstadt für verlässliche Bildung.

Unterricht muss – unabhängig von den Inzidenzen – verlässlich stattfinden. Bei niedrigen Inzidenzen ohne Masken, denn mobile Hepa-14-Luftreiniger scheiden 99,9% der Viren (und ihre Mutationen) zuverlässig aus der Luft ab.

Lassen Sie uns heute gemeinsam den Ludwigsburger Weg beginnen!

Die Ergänzungen zur Beschlussvorlage des Antrages der SPD-Fraktion von letztem Donnerstag, die heute Nachmittag an uns Gemeinderäte geschickt wurde:

Zu Punkt 1:

Ich hinterfrage, ob es in LB tatsächlich nur 15 Speise- und Gemeinschaftsräume gibt, die schlecht belüftbar sind und mobile Luftreiniger erhalten. Ich weiß vom OHG, dass in den Dunkelräumen („gefangene Räume“) die RLT so schwach ist und die dort aufgestellten Luftreiniger bei weitem nicht ausreichen, so dass sich mittlerweile Lehrer weigern, dort zu unterrichten.

Zu Punkt 2: CO₂-Ampeln

Wir werden diese ablehnen, weil die CoronaVO fürs Lüften klare zeitliche Vorgaben gibt: nämlich alle 20 min. Da brauchen wir nicht noch zusätzlich 80.000€ investieren – das ist für uns rausgeschmissenes Geld.“

Stadtrat **Müller** dankt EBMin Schmetz für die neue Vorlage, die machbar erscheint. Eine komplette Ausstattung sei nicht möglich. Die CO₂-Ampeln für Klassenzimmer mit mangelndem Luftaustausch halte er für sinnvoll, die wechselweise in den Klassenzimmern aufgestellt werden. Ihm sei eine Aufzeichnung der Messung mithilfe der CO₂-Ampel wichtig. So würde man erfahren, in welchen Räumen hoher Handlungsbedarf bestehe und habe einen langfristigen Nutzen.

Stadtrat **Sorg** fragt nach, ob die Verwaltung trotzdem ausschreiben müsse, auch wenn die Kosten sich unter dem EU-Schwellenwert seien. Außerdem bittet er darum über Ziffer 1 und 2 getrennt abzustimmen.

Stadtrat **Haag** stellt eine Frage zu Ziffer 1. Er fragt, ob die Luftwerte bereits gemessen wurden und diese dann nach Aufstellen der Luftreiniger weiterhin gemessen werden.
Einfach nur Luftreiniger aufzustellen halte er nicht für sinnvoll.

EBMin **Schmetz** antwortet, es handle sich um Speiseräume in Schulen und acht Kitaräume sowie um Räume des Otto-Hahn-Gymnasiums, die nur schlecht belüftet werden können. Für die Speiseräume müssten zwei Geräte beschafft werden, für die wesentlich kleineren Kitaräume würden jeweils eines reichen.

Die schlecht belüftbaren Räume im OHG hätten bereits heute schon Raumlufttechnische Anlagen, die entsprechend eingerichtet wurden. Dadurch sei ein Luftaustausch gewährleistet. An Stadtrat **Haag** erklärt sie, dass die Stadt das Wirken der Luftfilter nicht wissenschaftlich begleiten könne. Ein oder zwei Hochschulen könnten angefragt werden, ob diese das übernehmen wollen. Es werde eine einfache Ausschreibung erfolgen, allerdings kein EU-weites Verfahren.

Stadtrat **Rothacker** fragt, wie viele CO₂-Ampeln beschafft werden und weist darauf hin, dass Lüften also nach wie vor unabdingbar sei und ohnehin in der Corona-Verordnung alle 20 Minuten vorgeschrieben sei.

Stadtrat **Maier** spricht aus eigener Erfahrung: In Remseck würden die CO₂-Ampeln sehr gut funktionieren und geben eine gute Orientierung, wie oft gelüftet werden müsse. Insofern heiße er den Beschlussvorschlag der Verwaltung gut.

Stadtrat **Eisele** drückt sein Unverständnis für die Meinung der SPD aus. Der Beschluss beinhalte nur Speiseräume und Mensen, nicht die Ausstattung von Klassenzimmern mit Luftfiltern, in denen sich die Kinder deutlich länger aufhalten. Dies sei nicht das Ziel der FDP-Fraktion gewesen.

Stadträtin **Liepins** gibt zu, dass die Situation etwas undurchsichtig geworden sei. Man habe gesagt, Luftfilter für sieben Millionen Euro seien zu teuer. Die FDP stehe hinter den Luftfiltern und glaube an deren Nutzen. Die SPD-Fraktion sehe es genauso, die Baden-Württembergische Landesregierung momentan leider nicht. Nun gebe es allerdings von der Verwaltung einen Vorschlag. Klar sei, dass man nicht alle Räume mit Luftfiltern ausstatten könne. Es gebe weder finanzielle Mittel vom Land noch die Sicherheit, dass die Schulen mit Luftfilter geöffnet bleiben dürfen. Sie fordert die FDP dazu auf, einen besseren Vorschlag zu bringen, wenn sie einen hätten.

EBMin **Schmetz** erinnert, dass es in den Klassenzimmern schon vor dem Ausbruch des Coronavirus' Lüftungsanlagen und Lüftungskonzepte gegeben habe. Das Lüftungskonzept wurde entsprechend der Vorschriften angepasst.
Insgesamt handle es sich um 410 CO₂-Ampeln, die beschafft werden sollen.

Stadtrat **Haag** fragt nach, ob laut der Vorlage nur Räume ausgerüstet werden, die vom Land sowieso nicht gefördert werden können, da sie in kommunaler Verantwortung liegen.

EBMin **Schmetz** stimmt zu, die Stadt sei für die Mensen verantwortlich. Welche Förderungen es in Bezug auf die Ganztagesbetreuung geben könnte, ist derzeit unklar. Der Grund für Luftfilter in Mensen sei, dass diese die einzigen Orte seien, an denen sich die Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen Klassen mischen würden.

OBM **Dr. Knecht** klärt auf, dass von Seiten der Verwaltung mehr passiert sei als nur ein Brief an ein Ministerium. Doch das Thema Luftfilter werde momentan uneinheitlich und kritisch gesehen vom Land und dem Städtetag.

Im Bereich Jugend, Bildung und Kultur müsse noch viel gemacht werden als Post-Corona-Programm.

Nach Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über den von der Verwaltung geänderten Beschlussvorschlag (nachfolgend dargestellt) getrennt nach Ziffern 1 und 2 abstimmen.

Abstimmung zu Ziffer 1:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Abstimmung zu Ziffer 2:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 18 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Im Anschluss lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage Nr. 152/21 mit dem ursprünglich formulierten Beschluss abstimmen (siehe oben unter 3.)

Beschluss:

1. Der Sachbericht und der finanzielle Abschluss 2020 der Tanz- und Theaterwerkstatt e.V. werden zur Kenntnis genommen.
2. Für das Haushaltsjahr 2021 wird ein Zuschuss i.H.v. 186.364 € freigegeben

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadtrat Heer
Stadtrat Weiss
Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

Auf eine Aussprache und Sachvortrag wird verzichtet. OBM **Dr. Knecht** lässt über die Vorlage Nr. 175/21 abstimmen.

Geänderter Beschluss:

1. ~~Den~~ *Die* Abwägungsvorschlägen zu den Rückmeldungen der Träger öffentlicher Belange ~~wird~~ *wird zugestimmt werden zur Kenntnis genommen* (Anlage 1).
2. ~~Den~~ *Die* Vorschlägen zur weiteren Berücksichtigung der Anregungen und Bedenken aus der Bürgerschaft bei der Aktualisierung des Lärmaktionsplans ~~wird zugestimmt~~ *wird zugestimmt werden zur Kenntnis genommen* (Anlage 2).
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Lärmaktionsplan entsprechend den Beschlüssen über die Abwägung als Grundlage für die endgültige Verabschiedung zu aktualisieren. Die folgenden Maßnahmenvorschläge werden im Entwurf des Lärmaktionsplans aufgenommen:
 - Detailprüfung von Tempo 40 ganztags auf der gesamten Heilbronner Straße (B27), auch auf dem Abschnitt zwischen Reuteallee und Marienstraße. Damit wird eine durchgängige Regelung für die B27 zwischen der Reuteallee und dem Ortsausgang Süd angestrebt. Zusätzlich werden die Gebäude der Stresemannstraße deutlich vom Lärm entlastet.
 - Kurzfristige Beantragung von Tempo 30 km/h ganztags auf der Achse Wilhelmstraße – Arsenalstraße – Schillerplatz statt einer kurz- bis mittelfristigen Einführung nach Prüfen der Folgen für den Busverkehr. Damit erhält die Temporeduzierung in der Wilhelmstrasse eine höhere Priorität als in der Vorlage 319/20 dargestellt. Aufgrund der massiven Einflüsse auf den Busverkehr wird der Beschluss als kurzfristiger Auftrag aufgefasst, die Auswirkungen auf den Busverkehr möglichst zu minimieren und anschließend eine Reduzierung auf Tempo 30 einzuführen.
 - Gestrichen wurde der explizite Auftrag, kurz bis mittelfristig eine stadtweite Einführung von Tempo 30 ganztags oder Tempo 40 tags / Tempo 30 nachts zu prüfen. Für einzelne Straßenabschnitte wird das Ziel weiterverfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadtrat Heer
Stadtrat Weiss
Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** erläutert den geänderten Beschlussvorschlag des MTU vom 10.06.2021 und erklärt das bisherige Procedere des Lärmaktionsplans. Die heutige Beschlussfassung sei die letzte, kündigt er an.

Stadträtin **Wiedmann** bittet darum, den Beschlussvorschlag nochmals zu formulieren, damit klar werde, worüber heute abgestimmt wird.

BM **Ilk** liest den Beschlussvorschlag mit den Änderungen vor. hin. Anstatt einer Zustimmung, stehe hier nun die Kenntnisnahme. Die Änderungen unter Ziffer 3 werden von der Verwaltung noch eingearbeitet werden.

Stadträtin **Liepins** verweist auf Seite 2, Abschnitt 5. Dort stehe, dass die aktualisierte Fassung dem Gemeinderat nochmals vorgelegt werde zur Abstimmung.

OBM **Dr. Knecht** fragt, ob der Tagesordnungspunkt verschoben werden soll.

BM **Ilk** spricht sich für eine heutige Beschlussfassung aus, die Tagesordnung in der nächsten Sitzung sei schon recht lange.

OBM **Dr. Knecht** hält es für wichtig, dass die Unterlagen gut aufbereitet seien und hält daher an der Vertagung fest.

Stadtrat **O'Sullivan** fragt nach, ob die Änderungen nicht beschlossen werden müssen, bevor sie eingearbeitet werden können.

Stadtrat **Herrmann** verkündet, der Lärmaktionsplan könne auch heute beschlossen werden. Man beschließe schließlich die unter Ziffer 3 aufgeführten Änderungen mit, dies sei in 14 Tagen nicht anders als heute.

Stadtrat **Rothacker** macht deutlich, dass die Beschlussvorlage nur die Änderungen enthalte, der werde man heute zustimmen und dem Lärmaktionsplan generell habe man bereits zugestimmt.

BM **Ilk** erläutert, dass eine rechtliche Prüfung stattgefunden habe. Der Lärmaktionsplan sei bereits im November beschlossen wurden, jetzt werden die Änderungen beschlossen. Dies sei rechtlich so sicher.

Stadtrat **Link** mahnt, dass die Frankfurter Straße vergessen wurde, sie sei im Plan nicht enthalten.

OBM **Dr. Knecht** bittet BM **Ilk**, nach dem Wortbeitrag von Stadtrat Prof. Vierling, noch etwas zur August-Bebel-Straße, Kurfürstenstraße und Martin-Luther-Straße zu sagen.

Stadtrat **Prof. Vierling** erklärt, dass die Grünen nur eine Kenntnisnahme beschließen wollten, deshalb reiche der Beschluss heute so aus. Er verweist auf die unterstrichene Passage in der Begründung in der Beschlussvorlage, die Stadträtin Liepins ebenfalls schon erwähnt hatte: „Abschließend muss der Gemeinderat dann über die Abwägung und den aktualisierten Lärmaktionsplan entschieden.“ Diese müsste rausgenommen werden, da nur Kenntnisnahme erfolge. Seiner Ansicht nach ist die Kenntnisnahme ausreichend und keine Entscheidung nötig. Er schließt die Sachfrage an, in welchem Turnus die nächste Aktualisierung des Lärmaktionsplans anstehe.

BM **Ilk** erklärt, dass der Lärmaktionsplan in der Regel alle fünf Jahre erneuert werde. Auch über die Frankfurter Straße sei diskutiert worden mit dem Ergebnis, dass man dort am besten eine Geschwindigkeit festlege, tags und nachts. Dennoch kann nicht einfach Tempo 40 beschlossen werden, da es sich um eine Bundesstraße handle, außerdem brauche es eine konkrete Begründung für dieses Limit. Wenn keine Wohnbebauung vorhanden sei, wie z.B. auf dem Abschnitt Heilbronner Torhaus bis zum Mohrenköpfe, fehle diese. Man müsse sich gedulden. Es habe auch sehr lange gedauert Tempo 30 in Eglosheim einzurichten. Es habe eine Doktorarbeit gegeben, die sich genaustens mit den Lärmeinsparungen für die einzelnen anliegenden Gebäuden und Stockwerken beschäftigt habe. Alle Straßen, die im Plan enthalten sind, werde man angehen. Manche werden ihre Zeit brauchen.

Stadtrat **Haag** fragt nach, ob die Anwendungen, die LVL Jäger zur Buszeitfahrverlängerung hatte, mit anderweitigen Busbeschleunigungsmaßnahmen, wie sie die Verwaltung vorgeschlagen hatte, kompensiert werden. Ob es noch einmal einen Zwischenstandbericht im MTU gebe, will er wissen.

BM **Ilk** beruhigt ihn, und meint, die Stadträte werden vor Aufstellung von Schildern auf jeden Fall nochmals informiert. Der Busverkehr soll durch ausgebremstes Fahren und damit längerer Fahrtzeit nicht unattraktiver werden.

Im Anschluss lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage Nr. 154/21 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt das Projekt LINOx bei Arbeitgebern zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird innerhalb der gemäß §9 I Nr. 3 der Hauptsatzung der Stadt Ludwigsburg geltenden Wertgrenzen ermächtigt, die Maßnahmen zur Umsetzung des Projektes zu veranlassen.
3. In einem ersten Schritt soll ein Förderantrag in Höhe von ca. 596.000,- € gestellt werden. Bei entsprechender Resonanz sollen weitere Anträge auf Aufstockung und Zuweisung weiterer Fördermittel gestellt werden. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Fördermittel in der jeweiligen Höhe anzunehmen.
Ausgaben und Einnahmen fallen in gleicher Höhe an. Für den städtischen Haushalt entsteht keine Mehrbelastung.
4. Die Durchführung des Projekts ist an die Förderzusage gekoppelt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
 Stadtrat Heer
 Stadtrat Weiss
 Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

Auf eine Aussprache und Sachvortrag wird verzichtet. OBM **Dr. Knecht** lässt über die Vorlage Nr. 151/21 abstimmen.

Beschluss:

- I. Die im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.



- II. Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften „Östlich der Steinheimer Straße“ Nr. 120/23 werden gemäß § 10 BauGB und § 74 LBO jeweils als Satzung beschlossen. Maßgeblich sind der Bebauungsplan (Anlagen 1.1 und 1.2), die textlichen Festsetzungen (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) jeweils vom 28.05.2021.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadtrat Heer
Stadtrat Weiss
Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

Auf eine Aussprache und Sachvortrag wird verzichtet. OBM **Dr. Knecht** lässt über die Vorlage Nr. 147/21 abstimmen.

TOP 8

Bebauungsplanänderung Comburgstraße West Nr. 043_03_01 im Bereich der Kornbeckstraße Süd - Aufstellungsbeschluss und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Vorl.Nr. 164/21

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung von EBMin **Schmetz** abgesetzt.

TOP 9

Änderungen bei der Besetzung der Stadtteilausschüsse Weststadt und Oßweil

Vorl.Nr. 188/21

Beschluss:

Gemäß den Richtlinien zur Bildung von Stadtteilausschüssen vom 25.04.2018 wird auf Vorschlag der CDU-Fraktion:

Herr **Nico Rommel**, Wernerstr. 80, 71636 Ludwigsburg-Weststadt als Mitglied in den Stadtteilausschuss Weststadt berufen.

Herr **Joachim Class**, Auf der Schanz 15, 71640 Ludwigsburg-Oßweil als Mitglied in den Stadtteilausschuss Oßweil berufen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
 Stadtrat Heer
 Stadtrat Weiss
 Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet. OBM **Dr. Knecht** lässt über die Vorlage Nr. 188/21 abstimmen.